

Josef Frey - diverse sozialstatistische Daten,¹ [ca. 1927-1928]

5 Seiten, Faksimile

¹ Die Daten wurden von Josef Frey offenbar für die Gemeinderatswahlkämpfe in der Steiermark (1928) zusammengestellt.

Arbeitslosigkeit.

		Unterstützte.	Plus	Gegenüber Vorjahr
Zweite	Hälften Jänner . . . Wien . . .	99.453	4.405	- 5083
"	" " Oesterreich . . .	233.000	10.000	
Erste	" Februar . . . Wien . . .	101.529	2.076	- 3498
:	" " Oesterreich . . .	241.617	8.000	
Zweite	" " . . . " . . .	244.200	3.400	(Gegenüber 1. Februar 27.000 Arbeitslose, wenn man die Zahl der zur Vermittlung Vorgemerkten vergleicht.
Erste	" Main Wien	98.048	minus 5074	- 376

Fascismus.

Birnecker, Still, Kovarik, Müller.

Schattendorf : 15 Minuten Arbeitsruhe; A.Z. 4./2. : " Die burghändischen Frontkämpferbanden müssen aufgelöst werden, " und Julius Deutsch : " Wir müssen Fache nehmen für Schattendorf, indem wir dafür sorgen, dass diese Mehrheit aus dem Parlament verschwindet "; 3./3. Verhaftung der Schutzbündler in Schattendorf.

Vorstoss der Alpinedirektion in Donawitz: Abänderung des Lohnsystems ohne Betriebsräte, ohne Gewerkschaften.

Wutsch aufs Wiener Arsenal; 14./3. Geheime Beschlüsse der Gewerkschaftskommission.

Die sozialdemokratischen Führer aus der Vorarlberger und Tiroler Landesregierung ausgeschaltet.

Die Sozialisten in Frankreich stimmen für das neue Kriegsgesetz (Das ganze Volk in Waffen ")

Warenumsatzsteuer.

1 kg Bohnenkaffe	5800 K	1 kg Rindfleisch	1950 K
1 l Milch	200 K	1 " Kartoffel	100 K
1 kg Zucker	470 K	1 " Schweineschm.	1950 K
1 Laib Brot	520 K		

warensumsatzsteuer vom Mehl - 7 %

Ausgaben für Warensumsatzsteuer beträgt im den Arbeiter Haushalten 5.25 - 5.38 % des Gesamteinkommens.

Einnahmen des Staates aus der Warensumsatzsteuer 1923 - 44 Millionen

Schilling, 1927 - 212 Millionen Schilling,
also das Fünffache.

Das Zollattentat.

Getreide von 25 Goldheller auf 4 Goldkroen: jedes kg Mehl und jedes Kg Brot würde um 15 Groschen teurer werden.

100 kg Weizen - oder Roggenmehl ... 12 Goldkronen Zoll : 1 Laib Brot wird um 1500 K teurer wozu noch kommt 5 Groschen Warensumsatzsteuer per Laib Schlachtvieh von 5 auf 15 Goldkronen, Fleisch von 6 auf 36: 1 Kg Fleisch wird um 43 Groschen teurer.

Butter (Zoll wurde Juli 1926 von 20 auf 40 Goldkronen erhöht, jetzt soll er auf 60 erhöht werden: 1 kg Butter würde um 3000 K teurer. Man würde nur für das konsumierte Brot jährlich 27 Millionen Schilling infolge des Zolles mehr zahlen müssen.

Die Belastung infolge des Mehl-, Brot- und Fleischzolls würde für jede 4 köpfige Arbeiterfamilie durchschnittlich 107 Schilling jährlich Mehrbelastung bringen. Jedem gelernten Arbeiter würde also auf diese Weise zwei Wochenlöhne, jedem Hilfsarbeiter 3 - 4 Wochenlöhne, jedem Arbeitslosen für 6 Wochen Arbeitslosenunterstützung abgenommen werden.

Die Industriezölle sollen auch erhöht werden: Erschwerung der Ausfuhr Handelsverträge mit Ungarn und Jugoslawien müssten gekündigt werden: Erschwerung des Absatzes, Verschärfung der Krise.

S.P. schlägt vor: Statt Vieh- und Fleischzölle Zucht- und Mastprämien für die Fleischzüchter: das wäre eine Abgabe von Fleisch von 5 Groschen für jedes Kg, etwas billiger als der Regierungszoll, aber eine Massensteuer wäre. (5 Groschen für jedes Kg Fleisch ohne Rücksicht, ob arm, ob reich.) Am Stelle des Mehlzolles verlangt S.P. Abschaffung der Warensumsatzsteuer für das Mehl, welche beträgt für Weizenmehl 5 Groschen, für Roggenmehl 8.5 Groschen per Kg.

Steuerpolitik der Regierung.

Die Massensteuern steigen:	1923	1927
Warenumsatzsteuer	44 Mill. S.	212
Zoll	113 "	206
Zuckersteuer	2.8 "	10.8

Die Steuern welche die Reichen betreffen, wurden ermässigt:	1923	1927
Effektenumsatzsteuer	10 Mill. S.	2.-
Bankenumsatzsteuer	6 "	0.3
Valutenumsatzsteuer	0.7" "	0.05 0.25
Börsenbesuchabgabe	0.7 "	0.01

1926 hat der Bund um 2 Billionen an Steuern mehr eingenommen als er voranschlagt hatte. Nach Abzug aller Ausgaben blieb ihm dadurch noch immer 104 Millionen Schilling Ueberschuss.

Korruption.

Für die Zentralbank 1275 Milliarden verschenkt (um die Bauernbank Stöckler und Buresch und die Steirerbank der Ahren und Pintelen zu retten wurden sie der Zentralbank angegliedert; um die dadurch ins Wanken geratene Zentralbank zu retten, wurden 1275 Milliarden verwendet, um die bei der Zentralbank konzentrierten Gelder der christlichsozialen Bauerngenossenschaften und mit ihnen die Machtstellung der christlichsozialen Partei auf dem Lande zu retten.

Für die Postsparkassa 1110 Milliarden, welche diese mit Duldung der Regierung verspekuliert hat.

Die Regierung borgt Sieghart 900000 Dollar (aus der Völkerbundanleihe) zu 3 1/2 % und borgt sich von ihm dasselbe Geld wieder aus und zahlt dafür 7 %. Die Banken zahlen ihren Anlegern 4 % und geben das Geld weiter um 12 - 14 %. Für die Verzinsung und Tilgung der Völkerbundanleihe zahlen wir jährlich 101 Millionen Schilling. Das Geld der Genferanleihe, das uns wirtschaftlich hätte sanieren sollen, musste für die Sanierung der zusammenbrechenden christlichsozialen Parteigeschäfte verwendet werden. Hunderte Milliarden aus diesem Gelde, für das der Staat den ausländischen Gläubigern 9 % zahlen muss, borgte er zu 3 1/2 % an die Grossbanken, damit diese ~~für die steirischen christlichsozialen Genossenschaften~~ sanieren.

4./1. Die Vertreter der Unternehmerorganisationen erhoben bei der Seipelregierung folgende Forderungen und Seipel gab ihnen eine zustimmende Erklärung (dazu schrieb am 9./2. die Arbitterzeitung : " Die Industriellen treiben nicht Industriepolitik, sondern Klassenpolitik " ..)

a) Abschaffung des Achtstundentages. An seine Stelle soll treten das 2400 Stundenjahr. Die Unternehmer sollen diese 2400 Stunden, auf Tage, Wochen, Monate verteilen können wie es ihnen beliebt, z.bsp. 6 Monate brauchen sie nicht arbeiten zu lassen, dafür machen 8 Monat täglich 12 Stunden. Arbeitsbereitschaft im Betriebe dürfen nicht mehr in die Arbeitszeit eingerechnet werden. Solange die Wirtschaftskrise in Oesterreich dauert, dürfe es überhaupt keine Arbeitsbeschränkung geben.

b) " Erleichterung" bei der Entlassung von Betriebsräten.

c) Bei den Angestelltengesetz : Verkürzung der Kündigungsfristen; Herabsetzung der Abfertigung; im Handel 7 Uhrsperrre.

d) Erleichterung in Bezug auf die Verpflichtung Kriegsbeschädigte einzustellen zu müssen.

2.) 31.1. Die Morde in Schattendorf.

3.) Mitte Feber : Zolltarifnovelle.

4.) 2./3. Angriff auf die Alters- und Invaliditätsversicherung.

5.) 2.- 3./3. in der Nacht : Putsch aus Arsenal.

6.) 6./3. Der geplante " Marsh aus Wien " einstweilen aufgegeben.

Dabei liegt noch immer die Mieterschutznovelle als Regierungsentwurf im Parlament, also auch diese Offensive ist im Gange.

Und zu dieser Offensive hat die Bourgeoisie den Mut, trotz des ungeheuren Korruptionsskandals (Zentralbank, Postsparkassa) wrin sie die Staatskasse um 2500 Milliarden bestohlen haben.

n Alters- und Invaliditätsversicherung.

1. Sie soll jahrelang nicht in Kraft treten (Mindestens 5 Jahre nicht) Sie soll erst in Kraft treten bis die Wirtschaftskrise in Oesterreich überwunden ist.

2.) Die alten Arbeiter sollen als ~~1/3~~ Altersrente 2/3 dessen bekommen, was sie jetzt an Arbeitslosenunterstützung bekommen.

3.) Bedienerinnen, Wäscherinnen, Hauslehrerinnen, Krankenpflegerinnen, sowie die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter sollen nicht einbezogen werden. Die Lebensgefährtin soll nichts bekommen.

4.) Die Rente soll nach der Regierungsvorlage bekommen die 65 jährigen sa nach der S.P. Vorlage die 60 jährigen, bei Frauen mit 55 Jahren.

Die Rente kann schon vorher bezogen werden, wegen Invalidität: Invalid ist, wer nicht mehr 1/3 dessen verdienen kann, was er in Vollbesitz seiner Arbeitskraft verdient hat. (S.P. verlangt 1/2)

5.) Die Höhe der Rente in den höchsten Lohnkursen (Lohn 8.4 täglicher Verdienst) 62 Schilling monatlich; erst wenn der Arbeiter schon 10 Jahre eingezahlt hat, dann bekommt er 90 Schillinge (selbst die k.k. Regierung will 129.6 Millionen Schilling bewilligen.

Ausser den 20.000 Arbeitslosen, die mehr als 60 Jahre alt sind, stehen 70.000 Arbeiter im Arbeit, die mehr als 20 Jahre alt sind, mehr als 35.000 davon sa sind über 65.)

Gemeinde.

1.) Herabsetzung der Lustbarkeitsabgabefür die kleinen Gastwirte; für kleine und mittlere Kinos.

2.) Erleichterung bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe für kleine Kaufleute und Zuckerwarenverschleisser.

3.) 50 % Ermässigung des Lichtpreises für kleine und mittlere Kinos

4.) Begünstigungen für die Wiener Weinbautreibenden.

5.) Wohnbausteuer 1923 - 35.3 Millionen Schilling.